



Protokoll

27. Sitzung des Landrates
des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 13. Dezember 2000

16.00–18.50

Abwesend Vormittag:

Keine Sitzung

Abwesend Nachmittag:

Esther Aeschlimann, Franz Ammann, Roland Bächtold,
Barbara Fünfschilling, Hannelore Nyffenegger, Matthias
Zoller und Peter Zwick

Kanzlei

Walter Mundschin

Protokoll:

Ursula Amsler

Index

Mitteilungen	749
Persönliche Vorstösse	761

Traktanden

- 1 Anlobung von Emil Heinimann als Mitglied des Bezirksgerichtes Waldenburg
angelobt 749
- 2 Anlobung der Vizepräsidenten und je eines Mitgliedes des Enteignungsgerichtes und der Steuerrekurskommission sowie eines Ersatzmitgliedes des Enteignungsgerichtes
alle angelobt 749
- 3 2000/217
Berichte des Regierungsrates vom 7. November 2000 und der Petitionskommission vom 23. November 2000: 62 Einbürgerungsgesuche
beschlossen 749
- 4 2000/223
Bericht der Petitionskommission vom 16. November 2000: Petition für kantonale Mutterschafts-/Vaterschaftsbeihilfen "Mutterschaftsbeiträge endlich auch im Baselbiet" Vom 6. Januar 2000
als Postulat überwiesen 750
- 5 2000/214
Postulat der Petitionskommission vom 2. November 2000: Kantonale Mutterschafts- und Vaterschaftsbeihilfen
überwiesen 751
- 6 2000/153
Berichte des Regierungsrates vom 25. Juli 2000 und der Finanzkommission vom 1. November 2000: Ergänzung IV der Vorlage 1999/025 aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Änderungen oder Neuerlassen von Bundesgesetzen; kommunale Nebensteuern. 2. Lesung
beschlossen 752
- 7 2000/226
Berichte des Regierungsrates vom 14. November 2000 und der Personalkommission vom 24. November 2000: Allgemeine Lohnanpassung für das Jahr 2001
beschlossen 752
- 8 2000/180
Berichte des Regierungsrates vom 19. September 2000 und der Finanzkommission vom 30. November 2000: Voranschlag 2001
beschlossen 753
- 9 2000/180-1 bis 2000/180-11
Berichte des Regierungsrates vom 14. November 2000 und der Finanzkommission vom 30. November 2000: 11 Anträge zum Budget 2001
erledigt 753

Folgende Traktanden wurden nicht behandelt

- 10 2000/184
Berichte des Regierungsrates vom 19. September 2000 und der Finanzkommission vom 30. November 2000: Jahresprogramm des Regierungsrates für das Jahr 2001
- 11 2000/225
Berichte des Regierungsrates vom 14. November 2000 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 5. Dezember 2000: Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB); Genehmigung von Globalbeiträgen für die Jahre 2001 und 2002 (*Partnerschaftliches Geschäft*)
- 12 2000/222
Berichte des Regierungsrates vom 7. November 2000 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 30. November 2000: Regionales Schulabkommen über die Finanzierung der Aus- und Weiterbildung für Gesundheitsberufe
- 13 2000/218
Berichte des Regierungsrates vom 7. November 2000 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 5. Dezember 2000: Verpflichtungskredit für die Jahre 2001 und 2002 aus dem Bethesda Spital-Vertrag
- 14 2000/219
Berichte des Regierungsrates vom 7. November 2000 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 5. Dezember 2000: Verpflichtungskredit für die Jahre 2001 und 2002 aus dem Sonnenhalde-Vertrag
- 15 2000/220
Berichte des Regierungsrates vom 7. November 2000 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 5. Dezember 2000: Verpflichtungskredit für die Jahre 2001 und 2002 aus dem Merian Iselin Spital-Vertrag
- 16 2000/221
Berichte des Regierungsrates vom 7. November 2000 und der Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission vom 5. Dezember 2000: Verpflichtungskredit für die Jahre 2001 und 2002 aus dem St. Claraspital-Vertrag
- 17 2000/161
Berichte des Regierungsrates vom 5. September 2000 und der Umweltschutz- und Energiekommission vom 23. November 2000: Bewilligung der Verpflichtungskredite für den Ausbau der Abwasserreinigungsanlage in den Gemeinden Wintersingen und Liedertswil
- 18 2000/148
Berichte des Regierungsrates vom 27. Juni 2000 und der Bau- und Planungskommission vom 1. Dezember 2000: Mutation 1999/1 des Koordinationsplanes Kanton Basel-Landschaft (Kantonaler Richtplan gemäss Bundesgesetz über die Raumplanung (RPG) Festlegung von Standorten für zukünftige Inertstoffdeponien in der Region Liestal

19 2000/149

Berichte des Regierungsrates vom 4. Juli 2000 und der Bau- und Planungskommission vom 27. November 2000: Sanierung der SBB - Niveauübergänge in der Gemeinde Grellingen

20 Fragestunde

21 2000/170

Postulat von Maya Graf vom 7. September 2000: Ein Oeko-Label für den Baselbieter Wald

22 2000/169

Postulat von Roland Bächtold vom 7. September 2000: Bevormundung von Drogenabhängigen, die von der Fürsorge leben

Nr. 775

Begrüssung, Mitteilungen

Landratspräsident **Peter Brunner** begrüsst die Kolleginnen und Kollegen, Frau Regierungsrätin, die Herren Regierungsräte, die Landeskanzlei und MedienvertreterInnen sowie die Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne herzlich zur Landratssitzung.

Nr. 776

Mitteilungen

- In der Cafeteria kann an einem Stand des AUE Basel-Land eine Ausstellung zum Thema Mensch, Umwelt, Technik besucht werden. Anhand aktueller Beispiele aus den Bereichen Frisch- und Abwasser, Abfall, umweltgefährdete Stoffe, Boden und Energie kann man sich hier aus erster Hand informieren lassen.
- Am **Samstag dem 24. März 2001** findet erstmalig eine gemeinsame Sitzung des Landrates und des Grossen Rates statt. Voraussichtlicher Tagungsort ist die MUBA Basel. Als aktuelle Themen werden die beiden Wirtschaftsberichte Basel-Landschaft und Basel-Stadt von einem hochkarätigen Kreis aus Wirtschaftsvertretern hinterfragt und zur Diskussion gestellt werden. Der Sitzungsbeginn ist auf **09.00 Uhr** festgesetzt. Der Anlass soll ca. **13.30 Uhr** mit einem gemeinsamen Stehlunch abgeschlossen werden. Er hoffe auf eine rege Teilnahme der Landrätinnen und Landräte an dieser historischen Sitzung.
- Anschliessend an die letzte Landratssitzung des Jahres von morgen Donnerstag lädt der Landratspräsident alle Parlamentarier, die Regierung und die Landeskanzlei sowie die MedienvertreterInnen zum traditionellen Weihnachtsapéro in die Cafeteria ein.
- Infolge Lieferungsverzögerung der Frankiermaschinen konnte mit der Post eine Kompromisslösung gefunden werden, indem die **Pauschalfrankatur** bis zum **28.2.2001** verlängert werden konnte.

Entschuldigungen

Franz Ammann, Peter Zwick, Esther Aeschlimann und Hannelore Nyffenegger.

Stimmzähler

Seite FDP : Jacqueline Halder
Seite SP : Daniela Schneeberger
Seite Mitte/Büro : Roland Laube

Traktandenliste

://: Die Traktandenliste gilt als unbestritten.

Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 777

1 Anlobung von Emil Heinimann als Mitglied des Bezirksgerichtes Waldenburg**2 Anlobung der Vizepräsidenten und je eines Mitgliedes des Enteignungsgerichtes und der Steuerrekurskommission sowie eines Ersatzmitgliedes des Enteignungsgerichtes**

Peter Brunner lässt **Emil Heinimann** als Mitglied des Bezirksgerichtes Waldenburg, **Enrico Cantaluppi** als ordentliches Mitglied und Vizepräsident des Enteignungsgerichtes, **Hans Vorburger** als ordentliches Mitglied des Enteignungsgerichtes, **Peter Issler**, als Ersatzmitglied des Enteignungsgerichtes sowie **Peter Brodbeck** als Mitglied und Vizepräsident der Steuerrekurskommission und **Peter Salathé** als Mitglied der Steuerrekurskommission geloben, in ihren zukünftigen Funktionen die Verfassung und die Gesetze zu beachten und die Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen.

://: alle angelobt

Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 778

3 2000/217 Berichte des Regierungsrates vom 7. November 2000 und der Petitionskommission vom 23. November 2000: 62 Einbürgerungsgesuche

Heinz Mattmüller stellt fest, dass sich unter den aktuellen Gesuchen einige befinden, bei denen Wohnort und Bürgergemeinde nicht übereinstimmen, wofür in den meisten Fällen plausible Erklärungen vorliegen; in einigen Fällen sei es Ermessensfrage und lediglich bei einzelnen liegen Ungereimtheiten vor.

Nach eingehender Diskussion hat sich die Kommission mit 6:0 bei Stimmen geeinigt, dem Rat sämtliche Gesuche zur Annahme zu empfehlen.

Für **Bruno Steiger** zeigt sich einmal mehr, dass die Anzahl der Gesuche, bei welchen Wohn- und Einbürgerungsort nicht übereinstimmen zunehmen. Die Schweizer Demokraten vermuten, dass das "ominöse" Verfassungsgerichtsurteil Pratteln betreffend damit in

Zusammenhang steht.

Obwohl, wie vom Kommissionspräsidenten bereits bemerkt, die Bewandnis für den Rat nicht von Bedeutung ist, frage er sich, ob die Einbürgerungszeremonie nicht je länger je mehr zu einer Alibiübung verkomme, wenn man auch auf fragwürdige Fälle keinen Einfluss nehmen könne. Er stelle damit den Antrag, dass wenigstens die sieben Gesuche, bei welchen Wohn- und Einbürgerungsort nicht übereinstimmen zurückstellt und erneut separat überprüft werden.

Anton Fritschier klärt als Mitglied der Petitionskommission und im Namen der FDP-Fraktion dass kein Anlass bestehe aus einer Mücke einen Elefanten zu machen, und bittet den Rat die Gesuche en bloc zu bewilligen.

Heinz Mattmüller versichert, dass keinerlei Missbräuche vorliegen und erläutert an die Adresse von Bruno Steiger die sieben "fragwürdigen" Fälle.

Fredy Gerber ist auch nicht besonders glücklich über die vier in Niederdorf eingegangenen Gesuche, bei deren Gesuchsteller es sich um Nichtortsansässige handelt. Seines Erachtens müsste dem Grundsatz der Ortsansässigkeit bei der Einbürgerung wesentlich grössere Bedeutung beigemessen werden.

Ursula Jäggi bemerkt, dass sämtliche Einbürgerungsgesuche den gesetzlichen Bestimmungen im Allgemeinen und den Voraussetzungen der Bürgergemeinden für eine Einbürgerung im Besonderen entsprechen und deshalb keine Gründe für eine ablehnende Haltung gegeben sind.

://: Der Rat stimmt den 62 Einbürgerungsgesuchen grossmehrheitlich zu.

Für das Protokoll:

Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 779

4 2000/223

Bericht der Petitionskommission vom 16. November 2000: Petition für kantonale Mutterschafts-/Vaterschaftsbeihilfen "Mutterschaftsbeiträge endlich auch im Baselbiet" Vom 6. Januar 2000

Heinz Mattmüller erinnert an die auf kantonaler Ebene bestehenden Mutterschaftsbeihilfen in diversen Kantonen. Es wurden in den letzten Jahren bereits etliche Vorstösse zu diesem Thema an die Regierung überwiesen, daraus resultierten jedoch bis vor Kurzem keine konkreten Ergebnisse, weshalb das überparteiliche Komitee eine Petition lanciert hat.

Bereits Ende Februar 2000 hat die Regierung das Thema Mutterschaftsversicherung einer Spezialkommission zur Ausarbeitung eines geeigneten Modells übergeben. Bekanntlich stehen zwei Varianten zur Wahl, nämlich das Beitrags- und das Versicherungsmodell. Da zurzeit auch in

Basel-Stadt eine Spezialkommission zu diesem Thema eingesetzt ist, beabsichtigt man, sich auf eine gemeinsame Lösung zu einigen. Dazu wurde das in Trakt. 5 aufgeführte Postulat eingereicht.

Die Petitionskommission beantragt dem Rat die Petition als erfüllt abzuschreiben, da die Spezialkommission bereits aktiv ist, wobei auch die persönlichen Vorstösse Garant dafür sind, dass das Anliegen nicht in Vergessenheit gerät. Ausserdem kann eine Petition nicht stehen gelassen werden, wenn die Petitionskommission und das Plenum ihre Pflicht erfüllt haben.

Ursula Jäggi stellt namens der SP Fraktion den Antrag die Petition als Postulat an den Regierungsrat zu überweisen, was gemäss Petitionsrecht zulässig ist.

Sie begründet dies damit, dass seit den im Jahre 1988 eingereichten 2 Motionen von Susanne Leutenegger und Ruth Heeb eingereicht, nichts passiert ist.

Im Moment befinde sich lediglich eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe daran, den Sachverhalt zu prüfen. In elf anderen Kantonen sei diese Beihilfe jedoch bereits Praxis. Es sei für die SP Fraktion unverständlich, dass ein fortschrittlicher Kanton wie der Kanton Baselland in einer so wichtigen Frage noch in den Anfängen steckt.

Das Warten auf eine eidgenössische Lösung mache keinen Sinn, da der Kanton *jetzt* handeln müsse.

Anton Fritschi beantragt namens der FDP Fraktion, dass die Petition als erfüllt abgeschrieben wird, da einerseits die Regierung bereits die nötigen Schritte in die Wege geleitet hat und andererseits das nachfolgende Postulat der Petitionskommission Gewähr für einen Fortschritt des Projektes bietet.

Ausserdem kann berechtigterweise davon ausgegangen werden, da zur Zeit auf Bundesebene das Problem ebenfalls in Angriff genommen wird, dass in absehbarer Zeit eine Bundeslösung auf dem Tisch liegt.

Für Esther Gallacchi ist unbestritten, dass eine Petition nicht stehen gelassen werden kann, weshalb die CVP die Umwandlung in ein Postulat beantragt. Ausser unverbindlichen Absichtserklärungen sei in den letzten neunzehn Jahren nichts geschehen.

Man erwarte nun, dass die eingesetzte Arbeitsgruppe den schon lange fälligen Gesetzesentwurf nach dem Modellentscheid in Absprache mit Basel-Stadt erarbeitet.

Die CVP/EVP-Fraktion unterstützt insofern den Antrag der SP.

Monika Engel gibt bekannt, dass sich die Mehrheit der SVP Fraktion für die Abschreibung der Petition ausspricht und sich damit dem Votum Anton Fritschis anschliesst.

Maya Graf ist der Meinung, das elf Jahre wirklich genug sind und dass allen klar, sei, dass die zwei 1988 eingereichten Motionen auf die lange Bank geschoben wurden. Aus diesem Grund wurde mit der von 800 Personen unterzeichneten Petition im Januar dieses Jahres ein erneuter Versuch gestartet.

Um das Thema gleich wieder vom Tisch zu haben, be-

antragt die Petitionskommission flugs die Petition abzuschreiben, mit der Begründung, dass ja nun eine Arbeitsgruppe eingesetzt sei.

Damit gewährleistet ist, dass nun wirklich etwas geschieht, ist die Petition in ein Postulat umzuwandeln.

Dass zudem die Entscheidung des Bundes nicht abgewartet werden kann, sollte in den letzten elf Jahren auch dem und der Hintersten klar geworden sein.

Rita Bachmann ist eine Stellungnahme, als seinerzeitige Mitunterzeichnerin der Petition wichtig.

Die Bundeslösung würde im besten Fall vorsehen, dass erwerbstätigen Müttern während vierzehn Wochen ein bezahlter Urlaub in Höhe von voraussichtlich 80% gewährt würde.

Dies wäre jedoch keine Lösung für all diejenigen, welche auf Ihr Einkommen dringend angewiesen, trotzdem einen etwas längeren Mutterschaftsurlaub einschalten möchten.

Die eingereichte Petition kann als sehr moderate Lösung, bei der wenigstens für sechs Monate die elementarsten Bedürfnisse abgedeckt werden können, bezeichnet werden.

Abgeschrieben werden dürfe diese unerfüllte Petition keinesfalls, weshalb sie den Rat bitte der Umwandlung in ein Postulat zuzustimmen.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** erachtet es nicht als die schlechteste Entscheidung, dass mit der Mutterschaftsversicherung zugewartet wurde, da eine Bundeslösung eindeutig die sinnvollste Lösung wäre.

Dass das Thema grundsätzlich nicht vom Tisch ist, dafür sorgen sowohl die Motionen als auch das nachfolgende Postulat, wobei auch im Rahmen des Jahresprogramms eine Lösung anvisiert wird.

Die interne Arbeitsgruppe hat am 14.9.2000 ein erstes Papier vorgestellt. Dieses ist allerdings noch zu wenig ausgereift um sich für einen Modellentscheid zu eignen.

Zur Petition präzisiert er, dass sich die Baselbieter Regierung vor einer Kontaktaufnahme mit Basel-Stadt zuerst darüber klar werden muss, welcher Modellentscheid favorisiert wird.

Wenn innert nützlicher Frist eine einvernehmliche Lösung mit Basel-Stadt realisiert werden kann, stehe er diesem Vorgehen jedoch durchaus positiv gegenüber.

Peter Brunner stellt zur Abstimmung den Antrag der SP demjenigen der Petitionskommission gegenüber.

In einem ersten Schritt wird darüber abgestimmt, ob die Petition als Postulat an den Regierungsrat überwiesen werden soll.

://: Die Petition wird der Regierung grossmehrheitlich als Postulat überwiesen.

*Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei*

*

Nr. 780

5 2000/214

Postulat der Petitionskommission vom 2. November 2000: Kantonale Mutterschafts- und Vaterschaftsbeihilfen

Heinz Mattmüller macht darauf aufmerksam, dass es sich hierbei um ein separates Postulat der Petitionskommission handelt.

Ziel der Petition sei die Koordination der Mutterschafts- und Vaterschaftsbeihilfen mit Basel-Stadt.

Entgegen der Ansicht Regierungsrat Adrian Ballmers sei die Kommission der Meinung, dass Baselland bereits vor einem definitiven Modellentscheid, mit Basel-Stadt das Gespräch suchen soll.

Peter Brunner stellt nachträglich fest, dass die Regierung bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen, was im Saal den Zwischenruf auslöst, es bestehe ein Gegenantrag.

Monika Engel erklärt, dass sich die SVP-Fraktion dem Postulat aus folgenden Gründen nicht anschliessen könne: Die Petition ziele auf eine zügige Abwicklung ab, wobei einerseits die Koordination zu einer Verzögerung führen könnte, andererseits auch aufgrund der Strukturen Basel-Stadts und des Kantons Basel-Landschaft nicht garantiert sei, dass das von der Stadt gewählte Modell sich auch auf den Landkanton übertragen lasse.

Ursula Jäggi macht klar, dass sich die SP-Fraktion zugunsten der Ueberweisung ausspricht.

Esther Gallacchi unterstützt ihre Vorrednerin und plädiert namens der CVP/EVP für Ueberweisung.

Man erwarte eine konstruktive Zusammenarbeit mit Basel-Stadt und eine zügige Erarbeitung des allfälligen Modellentscheides.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** nimmt das Postulat entgegen und erklärt sich bereit, mit Basel-Stadt das Gespräch zu suchen. Wenn sich eine Einigung abzeichne sei es bestimmt sinnvoll eine koordinierte Lösung zu erarbeiten.

://: Das Postulat wird 2000/214 wird grossmehrheitlich an die Regierung überwiesen.

*Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei*

*

Nr. 781

6 2000/153

Berichte des Regierungsrates vom 25. Juli 2000 und der Finanzkommission vom 1. November 2000: Ergänzung IV der Vorlage 1999/025 aufgrund der zwischenzeitlich erfolgten Änderungen oder Neuerlassen von Bundesgesetzen; kommunale Nebensteuern. 2. Lesung

Peter Brunner erläutert, dass keine Eintretensdebatte stattfindet und stellt fest, dass der Kommissionspräsident ebenfalls auf eine Wortmeldung verzichtet.

Titel und Ingress *keine Wortmeldungen*

I *keine Wortmeldungen*

§ 24 Buchstabe e - § 202 *keine Wortmeldungen*

://: Die anwesenden Ratsmitglieder sprechen sich einstimmig mit 70:0 für die Annahme der Vorlage 2000/153 aus.

://: Das Postulat 1996/238 wird grossmehrheitlich als erfüllt abgeschrieben.

*Für das Protokoll:
Ursula Amsler, Landeskanzlei*

*

Nr. 782

7 2000/226

Berichte des Regierungsrates vom 14. November 2000 und der Personalkommission vom 24. November 2000: Allgemeine Lohnanpassung für das Jahr 2001

Dölf Brodbeck erläutert, dass der Landrat mit der Besoldungs- und Statutenrevision der Basellandschaftlichen Pensionskasse den abschliessenden Entscheid traf, welcher sich auf die Lohnsumme, auf die Personalkosten und das Budget 2001 erstmals auswirken.

In diesem Zusammenhang gelte es die Orientierungskriterien, welche mit dem neuen Personaldekret verbunden sind zu berücksichtigen.

Hinzu kommen die individuellen Lohn erhöhungen, neu als Erfahrungsstufen bezeichnet, sowie die Beförderungen. Als diesjährige Besonderheit können die Auswirkungen der Besoldungs- und Statutenrevision bezeichnet werden.

Der Landrat hat mit dem vorliegenden Massnahmenpaket arbeitnehmerfreundliche Entscheide getroffen, welche folgende Auswirkungen zeitigen:

- Beiträge des Arbeitgebers an die vorzeitige Pensionierung
- Reduktion der Pensionskassenuntergrenze
- Treueprämien in grösserem Umfang als bisher

Ausserdem wurde von der Regierung ein arbeitnehmerfreundlicher Entscheid punkto Besitzstandsregelung bei der Lohnüberführung getroffen.

Erwähnenswert ist die Möglichkeit, künftig bei sehr guter Leistung rascher eine höhere Erfahrungsstufe zu errei-

chen.

Inzwischen ist bekannt, dass ein Berechnungsfehler beim Index der Konsumentenpreise aufgedeckt wurde, was dazu führt, dass die exakte Teuerung im Oktober 1,3% und nicht wie ursprünglich berechnet 1,9% betrug. Das Teuerungsmittel für das Jahr 2000 liegt bei 1,6% .

Er bittet den Rat auf die Vorlage einzutreten und in diesem Zusammenhang zu beachten, dass die Gehälter des Verwaltungspersonals auch im Jahre 2001 im Quervergleich mit denjenigen der Privatwirtschaft gut abschneiden.

Eva Chappuis stellt fest, dass die SP-Fraktion aufgrund der veränderten Lage den Vorschlag des Regierungsrates einstimmig unterstützt.

Die von der Kommission beantragte Erhöhung auf 1,9% wurde in der Meinung ausgesprochen, dass die Berechnung des SAECO korrekt sei.

Nicht unterstützt werden die Aenderung der Terminologie: Es handle sich dabei nicht um eine Lohn erhöhung sondern lediglich um einen Teuerungsausgleich.

Christine Mangold: Im Gegensatz zur SP Fraktion ist es der FDP wichtig, das Geschäft als Gesamtpaket zu betrachten, was, wenn sämtliche Faktoren mit Auswirkungen auf die Personalkosten Berücksichtigung finden, zu einer allgemeinen Erhöhung von 5% der Personalkosten führt.

In der Kommission ebenfalls diskutiert wurde das Basler-Modell, bei welchem pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter Fr. 1'000.-- ausgeschüttet werden.

Dies würde für den Kanton Basel-Landschaft zu Mehraufwendungen in Grössenordnung von ca. 10 Mio. Franken führen, wobei die Situation nicht mit derjenigen Basler-Stadts verglichen werden kann, da im Kanton Baselland in den letzten Jahren der Teuerungsausgleich immer mindestens anteilmässig ausgeglichen wurde.

Die FDP Fraktion unterstütze deshalb die Regierungsvorlage und beantrage dieser zuzustimmen.

Uwe Klein kommt zum Schluss, dass die allgemeine Lohnanpassung von 1,5% angemessen ist und ins Umfeld passt.

Der neue Begriff für den Teuerungsausgleich sei zwar nicht unumstritten, könne jedoch mit den in der Privatwirtschaft üblichen Lohnanpassungen verglichen werden.

Von linker Seite werde immer wieder versucht die Ausfälle resultierend aus der Erbschafts- und Schenkungssteuer mit der Lohnanpassung in Verbindung zu bringen, wobei nach Meinung der CVP das eine mit dem andern nichts zu tun habe. Er bittet der Lohnanpassung, wie sie von der Regierung vorgeschlagen wird zuzustimmen.

Willi Grollmund stimmt namens der SVP Fraktion der Vorlage zu.

Mit dem neuen Besoldungsreglement konnte ein modernes Instrument geschaffen werden, welche dem Baslerbieter Staatspersonal eine gerechte Entlohnung gewährt.

Heinz Mattmüller fasst sich kurz, indem er vermeldet,

dass die Schweizer Demokraten der Vorlage einstimmig zustimmen.

Roland Meury gibt bekannt, dass der von der Fraktion der Grünen eingereichte Antrag zurückgezogen wird.

Auch die Grünen bekunden jedoch Mühe mit dem Wechsel der Terminologie vom Teuerungsausgleich zur Lohnanpassung, da dieser eine gewisse Unverbindlichkeit signalisiere. Er hoffe deshalb nicht, dass der nächste Schritt zu einem "unverbindlichen Geschenk" ausarte. Er werde nämlich das Gefühl nicht los, dass die Regierung bei ihrer Gesamtbetrachtungsweise bereits verteilte Geschenke virtuell ein zweites mal zu verteilen gedenken. Anlässlich der Besoldungsrevision wurden dieselben Argumente angeführt um die Kosten tief zu halten.

Man stimme der Vorlage aber trotzdem zu.

Was er nicht unerwähnt lassen möchte sei, dass bei den unteren Einkommen die Teuerung an die Substanz bei den oberen lediglich ans Fett gehe, weshalb sich die Fraktion der Grünen nach wie vor eine Pauschale wünscht, damit sich die Schere zukünftig nicht noch weiter öffnet.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** bedankt sich für die sehr gute Aufnahme der Vorlage und interpretiert sie als Dank und Anerkennung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kantonalen Verwaltung.

Auch er sei überzeugt davon, dass sich der Kanton als fairer Arbeitgeber präsentiere.

Abschliessend meint er, dass die Zahlen in ihrer Bandbreite stimmen und bemerkt abschliessend an die Adresse von Roland Meury, dass die Regierung den Lohn nicht als Geschenk betrachte.

://: Dem Antrag der Personalkommission, die Löhne per 1.1.2001 gemäss Anhang 2 des Personaldekretes um 1,5% zu erhöhen wird einstimmig stattgegeben.

Für das Protokoll:

Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Nr. 783

8 2000/180

Berichte des Regierungsrates vom 19. September 2000 und der Finanzkommission vom 30. November 2000: Voranschlag 2001

9 2000/180-1 bis 2000/180-11

Berichte des Regierungsrates vom 14. November 2000 und der Finanzkommission vom 30. November 2000: 11 Anträge zum Budget 2001

Eintretensdebatte

Roland Plattner stellt fest, dass die Finanzkommission einstimmig beantragt, den Voranschlag 2001 gemäss den

Anträgen von Beilage A des Kommissionsberichtes zu genehmigen und den Regierungsrat damit zu beauftragen, die Hinweise unter Ziffer 2.4.2 bei der weiteren Ausarbeitung der Leistungsaufträge zu berücksichtigen.

Mit dem Budget wird alljährlich der Versuch unternommen, die Einnahmen und Ausgaben des Folgejahres möglichst zuverlässig zu prognostizieren.

In Kombination mit der Finanzplanung erlaubt das Budget nicht nur die Gegenwartsbetrachtung, sondern ermöglicht es aus der Vogelperspektive am Kunstwerk eines nachhaltigen Finanzhaushaltes zu arbeiten.

Ziel des Budgetprozesses soll sein, ein möglichst treffsicheres Abbild der späteren Rechnung zu erstellen.

Als positive Merkmale des Voranschlags 2001 sind folgende Tatsachen hervorzuheben:

- Der Kanton besitzt nach wie vor volle Handlungsfreiheit.
- Der Grundsatz des verstetigten Investitionsvolumens auf der Basis von 150 Mio Franken kann weiterhin aufrecht erhalten werden.
- Die Schulden konnten dank einer klugen Schuldenbewirtschaftung in Kombination mit einer günstigen Schuldzinsentwicklung im Griff behalten werden.
- Die Finanzlage präsentiert sich im interkantonalen Vergleich als gut. Baselland gehört zu den Top six .

Jedoch auch die negativen Merkmale sollen nicht unerwähnt bleiben:

- Der Selbstfinanzierungsgrad bewegt sich unter der Soll-Marke und würde bei einem budgetkonformen Rechnungsverlauf eine beachtliche Zunahme der Schulden zur Folge haben.
- Die Personal- und Sachaufwendungen sind in erheblichem Ausmass im Steigen begriffen.
- Es bestehen Anzeichen für das Ansteigen von Begrenzlichkeiten.

In diesem Zusammenhang weist die Finanzkommission der Entscheidung zwischen notwendigen, wünschbaren und überflüssigen Anschaffungen eine wichtige Bedeutung zu.

Insgesamt kann aufgrund der Analyse der wichtigsten Kennzahlen des Kantonalen Finanzhaushaltes davon ausgegangen werden, dass der Voranschlag in der vorliegenden Form genehmigungsfähig ist.

Vier durch die Finanzkontrolle errechneten Kennzahlen bieten Anlass für einen kurzen Kommentar:

- Der Selbstfinanzierungsanteil mit 5,85 % liegt kontinuierlich in einem Bereich, welcher Investitionen zulässt.
- Der Kapitaldienstanteil mit 5,08% ist ebenfalls stabil und liegt im tragbaren Bereich.
- Der Zinsbelastungsanteil weist auf einen gesunden Finanzhaushalt hin.
- Einziger Wehrmutstropfen ist der Neuverschuldungsgrad von 21%, resp. der Selbstfinanzierungsgrad von 79%, mit welchem die Zielsetzung eines 100%-igen Selbstfinanzierungsgrades bei weitem verfehlt wurde. Lediglich dem Umstand der vorsichtigen Budgetierung und der Tatsache, dass die Rechnung gegenüber dem

Budget erfahrungsgemäss positiver ausfällt, ist es zu verdanken, dass nicht zwingend Massnahmen ergriffen werden müssen.

Die Finanzkommission hat sich parallel zur Budgetbehandlung mit dem regierungsrätlichen Jahresprogramm auseinander gesetzt und seine Übereinstimmung mit dem Voranschlag überprüft. Bei dieser Gelegenheit wurde die Problematik offensichtlich, dass mit einem massiven im Budget nicht enthaltenen Ausgabenposten zu rechnen ist, nämlich mit den 10 Mio Franken für die Uni Basel.

Es wird künftig zu definieren sein, wie mit Ausgaben, welche im zeitlichen Umfeld des Budgetprozesses lanciert werden, umzugehen ist. Dies damit die Budgetdebatte im Landrat vor dem Hintergrund einer möglichst realitätsnahen Informationsumgebung geführt werden kann.

Auch das Thema Leistungsaufträge hat die Finanzkommission beschäftigt. Dabei gelangte man in sämtlichen Subkommissionen zur ähnlichen Feststellung, dass für Angehörige des Milizparlamentes die Arbeit erleichtert würde, wenn eine direktionsübergreifend koordinierte und möglichst vergleichbare Darstellungsweise realisiert werden könnte.

Die abstrakten Grundlagen der Leistungsaufträge sind aufzuführen um geeignete Links zwischen Leistungsaufträgen und den Voranschlagspositionen zu ermöglichen. Zu diesem Zweck hat die Finanzkommission unter Ziffer 4.2 des Beschlussesantrags eine entsprechenden Auftrag an die Regierung formuliert.

Urs Wüthrich beantragt namens der SP-Fraktion Eintreten auf den Voranschlag 2001 mit dem Hinweis, dass sich die Fraktion über das Budget darum nicht freuen könne, weil die Landung eindeutig neben der Ziellinie stattgefunden habe.

Wenn man den aktuellen Stand zur Kenntnis nimmt, bedeutet dies, dass mit der Erbschafts- und Schenkungssteuer und dem Beitrag an die Uni Basel noch eine deutliche Verschlechterung des Budgets einhergeht.

Wenn, wenn nicht in der heutigen Wirtschaftssituation sollen die finanzpolitischen Ziele erreicht werden und wenn, wenn nicht heute soll der Kanton seine Schulden abbauen?

Die folgenden Bemerkungen wolle er, da es für einen Neustart zu jetzigen Zeitpunkt zu spät sei, vor allem als Bemerkungen im Hinblick auf zukünftige Budgets verstanden wissen.

Die SP-Fraktion nimmt mit grosser Sorge die Entwicklung des Sachaufwandes zur Kenntnis. Man erwarte, dass laufende Beschaffungen bereits auf Einsparmöglichkeiten abgeklopft werden, vor allem jedoch, dass das nächstjährige Budget kritisch hinterfragt wird.

Positiv zu erwähnen gelte es die momentane Schuldenbewirtschaftung.

In Zusammenhang mit dem Personalaufwand erwartet die SP-Fraktion eine transparentere Begründung der Kostenentwicklung.

Abschliessend zeigt er sich überzeugt, dass das Thema "Beiträge an öffentliche Gemeinwesen" den Rat beschäftigen müsse, wenn man bedenke, dass in diesem Bereich eine Kostensteigerung von 10% zu verzeichnen ist.

Daniela Schneeberger stellt fest, dass das vom Regierungsrat präsentierte Budget 2001 voll im Trend des allgemein feststellbaren Wirtschaftsaufschwunges liegt.

Die laufende Rechnung schliesst darin mit einem Positivsaldo von 12,2 Mio Franken ab und weist damit ein besseres Ergebnis zum Budget 2000 aus.

Trotz dieser positiven Ausgangslage hat sich jedoch gezeigt, dass kein Grund für übertriebene Euphorie vorliegt, da bereits kurz nach Bekanntwerden die ersten Begehrlichkeiten auftauchten.

Festzuhalten ist dabei, dass die grosszügige Aufstockung des jährlichen Unibeitrages von 10 Mio Franken weder seitens des Landrates beschlossen noch im Budget 2001 enthalten ist.

Inzwischen sind auch die zusätzlichen Belastungen in Grössenordnung von 20 Mio. Franken im Zusammenhang mit den Gehaltserhöhungen bekannt.

Mit den entsprechend vorzunehmenden Korrekturen resultiert im Budget ein Negativsaldo der laufenden Rechnung von 8,3 Mio, resp. 18,3 Mio Franken inkl. dem gewährten Unibeitrag.

Diese nachträgliche Korrektur wirkt sich auch auf weitere finanzpolitische Eckwerte negativ aus.

Der Selbstfinanzierungsgrad verschlechtert sich von 93% auf 79%, unter Einbezug des Unibeitrages sogar auf 72% und liegt damit deutlich unter den beiden vorangegangenen Jahren.

Die Schulden nehmen weiterhin zu und bewegen sich in einer Grössenordnung um die 800 Mio Franken.

Die Nettoinvestitionen entsprechen mit 150 Mio Franken den verflossenen Jahren.

Nebst der laufenden Zunahme des Personalaufwandes ist eine stetige Zunahme des Sachaufwandes auszumachen. Diese Entwicklung bereitet auch der FDP-Fraktion Sorge; steht sie doch im Gegensatz zur gesamtwirtschaftlichen Wirklichkeit.

Die dem Budget zugrunde gelegten Schuldzinsen bewegen sich auf einem verhältnismässig tiefen Niveau, wobei in absehbarer Zeit mit einem Anstieg gerechnet werden muss.

Eine befriedigende Ausgangslage präsentiert sich derzeit bei den Steuereinnahmen, was jedoch infolge von Konjunkturschwankungen und dem Wechsel auf die einjährigen Steuerveranlagung plötzlich ändern kann. Die vorsichtige Budgetierung dieses Bereichs zahlt sich deshalb aus.

Mit der Oberaufsicht des Landrates stösst man im Rahmen des Budgetprozesses immer wieder an unnötige Grenzen.

Der Landrat kann jedoch seine verfassungsmässigen Aufgaben nur dann korrekt erfüllen, wenn ihn alle involvierten Stellen unterstützen und eine offene Zusammenarbeit anstreben.

An dieser Stelle wolle sie allen Direktionen der Kantonalen Verwaltung für ihre kompetente und kooperative Mitarbeit danken.

Eine weiterhin positive Bilanz im interkantonalen Finanzvergleich bedinge die Budgetdisziplin aller Beteiligten.

Trotz der kritischen Bemerkungen stimmt die FDP-Fraktion dem rektifizierten Budget 2001 der Finanzkommission zu.

Urs Baumann gibt vorweg bekannt, dass die CVP/EVP-Fraktion auf den Voranschlag eintritt und stellt mit Freude fest, dass das Investitionsvolumen über 150 Mio Franken aufrecht erhalten werden konnte.

Ein Lob verdiene auch das geschickte Cash management der Finanzdirektion, das zu einer guten Schuldenbewirtschaftung geführt habe.

Negativ sei aufgefallen, dass sich das Defizit über den erhofften Erwartungen bewege, was sicherlich auf die höher als angenommenen Personalkosten zurückzuführen sei. Zwischen 1999 und 2001 seien diese nämlich um 10% angestiegen.

Die von gewissen Kreisen prognostizierten Steuerausfälle in Zusammenhang mit der Erbschafts- und Schenkungssteuer seien seiner Meinung nach irrelevant, da das Total der Steuereinnahmen dadurch mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht tangiert werde.

Ein viel schwerwiegenderes Problem stelle sich bei den Steuereinnahmen der natürlichen Personen für das Jahr 2001. Hier seien die mit der Umstellung einhergehenden Konsequenzen schwer abschätzbar.

Auch wenn der Unibeitrag gesprochen werde und sich kurzfristig Steuerausfälle ergeben, könne noch von einem Selbstfinanzierungsgrad von zwischen 60 - 70% ausgegangen werden.

Dies ist insofern nicht alarmierend, als andererseits mit erhöhten Steuereinnahmen für das Jahr 2001 gerechnet werden kann.

Bei den Leistungsaufträgen hat sich gezeigt, dass jede Direktion noch auf einer eigenen WoV-Schiene fährt. Hier sei es, wie bereits von Roland Plattner erwähnt wichtig, eine gewisse Einheitlichkeit zu erreichen. Damit wäre ein wesentlicher Schritt getan um eine analoge Beurteilung zu ermöglichen.

Hildy Haas spricht sich namens der SVP-Fraktion für Eintreten aus und bekundet deren Zustimmung zur Vorlage, obwohl auch bei der SVP nicht eitel Freude herrsche. Man stelle jedoch fest, dass Anstrengungen unternommen wurden um die Kosten im Griff zu behalten, andererseits fällt auf, dass sowohl Einnahmen wie Ausgaben ansteigen und dass es trotz aller Anstrengungen nicht gelingt, die

Investitionen aus eigenen Mitteln zu finanzieren. Einhergehend damit wird die Verschuldung am 31.12.2001 799 Mio Franken ausmachen.

Positiv zu werten ist die tiefe Zinsbelastung, welche auf eine gute Kreditbewirtschaftung schliessen lässt, wobei bereits bei einem Zinsanstieg von 1% ein Plus von 7,8 Mio Franken resultiert.

Beim Personalaufwand kann sich die SVP eine leise Enttäuschung nicht verkneifen, da im Vorfeld der Besoldungsrevision immer von Kostenneutralität die Rede war. Tief beunruhigt sei man jedoch bezüglich des gestiegenen Sachaufwandes von 8,8%.

Hier müsse eine koordinierte Zusammenarbeit im Bereich Einkauf und die Budgetdisziplin gross geschrieben werden, damit die Kosten wieder unter Kontrolle gebracht werden können.

Heinz Mattmüller erinnert daran, dass die Fraktion der Schweizer Demokraten auch in der Vergangenheit keinem defizitären Voranschlag zugestimmt hat.

Dass der in Aussicht gestellt Selbstfinanzierungsgrad von 85% auf 79% reduziert werden muss, stellt zwar eine Verbesserung gegenüber der Vergangenheit dar, ist jedoch nach wie vor unbefriedigend.

Man stelle zudem fest, dass die Personalkosten, unabhängig von der Besoldungsrevision und den eingeleiteten Sparmassnahmen laufend zunehmen.

Bedauert werde nach wie vor, dass mit dem Ausfall der Erbschafts- und Schenkungssteuer von über 30 Mio Franken damit zu rechnen ist, dass sich ein Loch in der Staatskasse ergebe. Darüber trösten auch die Mehreinnahmen der Steuerharmonisierung nicht hinweg.

Die Schweizer Demokraten sprechen sich für Eintreten aus und stimmen dem Voranschlag mit Zurückhaltung zu.

Alfred Zimmermann deklariert das Budget nicht als ausgesprochen schlecht, jedoch auch nicht als gut.

Die Fraktion der Grünen sei sehr erstaunt, dass es bereits wieder "Jemanden" gebe, der laut über Steuerreduktionen nachdenke.

In den letzten Jahren wiederhole sich das Ritual, dass die Regierung ein leidlich gutes Budget präsentiere, welches sich während des Budgetprozesses laufend verschlechtere.

Das aktuelle Defizit von 8,3 Mio Franken wird sich durch den Unibeitrag über 10 Mio Franken und durch den zusätzlichen Ausfall von 11 Mio Franken bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer (Differenz zur Regierungsvariante) weiter verschlechtern.

Bei der heutigen Wirtschaftslage müsste das Budget seiner Ansicht nach aus tiefschwarzen Zahlen bestehen.

Auch die Fraktion der Grünen können sich den Grund des stetig ansteigenden Sachaufwandes nicht erklären.

Er erinnert an den geplanten Selbstfinanzierungsgrad von 100% von dem man noch weit entfernt ist.

Der Schuldenberg hat sich um 31 Mio Franken vergrössert.

Der Finanzplan 2002 - 2004 weist, soweit voraussehbar, negative Saldi auf.

Dem steht auf der positiven Seite lediglich die Hoffnung auf höhere Steuereinnahmen gegenüber.

Die Fraktion der Grünen ist für Eintreten, will sich jedoch noch nicht festlegen was die Zustimmung des Voranschlags 2001 anbelangt.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** verdankt die gute Aufnahme des Voranschlags 2001 und bedankt sich auch bei der Finanz- und der Personalkommission für ihre seriöse und engagierte Arbeit. Sein Dank geht auch an die Finanzverwaltung, die Direktionskontrollen und die Direktionen die grosse Arbeit geleistet haben.

Für einen Finanzdirektor gebe es bekanntlich zwei schwierige Situationen. Zeigt sich das Budget von seiner positiven Seite, weckt dies Begehrlichkeiten. Ist das Budget jedoch schlecht, löst dies Missmut aus.

Dieses Budget präsentiere sich mittelprächtig und sei deshalb für den Finanzdirektor gar nicht schlecht.

Wichtig sei, dass die Aufwandseite im Griff behalten werde. Hier sehe er in etlichen Bereichen durchaus noch Steigerungspotential.

Sorge tragen müsse man zudem zum Steuersubstrat, wobei der Steuerertrag zu optimieren sei und nicht der Steuersatz möglichst hoch angesetzt werden soll.

Für die Rechnung 2000 kann mit einer schwarzen Null gerechnet werden; budgetiert waren -25,5 Mio Franken.

Landratspräsident **Peter Brunner** geht davon aus, dass der Rat nach Abschluss der Eintretensdebatte auf den Voranschlag eingetreten ist.

://: Das Eintreten ist unbestritten

Detailberatung

1000	Mitglied des Ständerats	<i>keine Wortbegehren</i>
1005	Landrat	<i>keine Wortbegehren</i>
1006	Bezirksrat	<i>keine Wortbegehren</i>
2000	Regierungsrat	<i>keine Wortbegehren</i>
2005	Landeskanzlei	<i>keine Wortbegehren</i>
2006	Staatsarchiv	<i>keine Wortbegehren</i>
4100	Ombudsman	<i>keine Wortbegehren</i>

2100 Finanz- und Kirchendirektion

Antrag der Finanzkommission zu Konto 2127.301.00

Peter Brunner erinnert daran, dass sich durch den Ausgleich der Teuerung der Voranschlag entsprechend verändere.

://: Die Annahme des Antrags der Finanzkommission zur Erhöhung des Aufwandes vom Konto 2127.302.00 um 20.2 Mio. Fr. ist unbestritten.

2115 Kantonale Steuern

Budgetantrag 2000/180-1 zu Konto 341.00

Karl Rudin zeigt sich befriedigt darüber, dass die konkreten Zahlen zur finanziellen Auswirkung der Aufgabenteilung vorliegen. Die Befürchtungen der Oberbaselbieter Gemeinden haben sich damit mehr als bewahrheitet.

Die neue Aufgabenteilung führt zu einer krassen finanziellen Benachteiligung der finanzschwachen Gemeinden, wobei der Bezirk Waldenburg am Stärksten betroffen ist. 19 Gemeinden wurden, teilweise massiv, entlastet, aufgegangen ist die Rechnung jedoch vor allem für den Kanton.

Wenn als Begründung zur Ablehnung in den Erläuterungen des Regierungsrates zu lesen ist, dass es den Gemeinden gut geht, bedingt dies eine differenzierte Optik.

Die Gemeinden konnten im Jahre 1999 tatsächlich 13,6 Mio Franken an Ueberschüssen erwirtschaften, wobei nicht übersehen werden darf, dass davon rund 6 Mio. Franken auf sechs Gemeinden entfallen.

Der Bezirk Waldenburg weist demgegenüber einen Minussaldo aus.

In den Erläuterungen ist zudem zu lesen, dass bei den betroffenen Gemeinden die Steuerfüsse angehoben wurden. Tatsache ist, dass er lediglich bei einer Gemeinde angestiegen ist, bei den restlichen wurde er entweder gesenkt oder ist gleichbleibend.

Eine deutliche Sprache sprechen auch die Abschreibungen, die sich um 15 Mio Franken reduziert haben.

Aus den Budgets des Jahres 2001 seien vor allem rote Zahlen ersichtlich.

Die aus dem Ausgleichsfond angeführten 3 Mio Franken, die dem allgemeinen Finanzausgleich zur Verfügung stehen, werden bestimmt im nächsten Jahr benötigt, denn infolge der Aufgabenteilung wird nächstes Jahr die Schere noch weiter auseinanderklaffen.

Die mit der Besoldungsrevision einhergehenden Lohnverbesserungen der Pflegeberufe sowie die Mehrkosten im öffentlichen Verkehr haben direkte Auswirkungen auf die Gemeinden.

Er bittet das Parlament zugunsten einer gerechteren Verteilung der Kosten der neuen Aufgabenteilung ein Zeichen zu setzen und dem Budgetantrag zuzustimmen.

Roland Plattner teilt mit, dass die Finanzkommission mit 10:0 Stimmen bei 1 Enthaltung für Abweisung dieses Budgetantrages plädiert.

Bei allem Verständnis für gesunde Gemeindefinanzen kommt nach Auffassung der Finanzkommission die Vorlage zur Unzeit als irritierender Faktor in die hängige Finanzausgleichsdiskussion.

Zudem besitzt der Kanton mit den 3 Mio Franken im Finanzausgleichsfond zusätzliche Mittel um bedürftige Gemeinden in begründeten Fällen zu unterstützen.

Bis Mitte 2001 so, wurde von der Regierung zugesichert, soll ein Entwurf mit angepassten Finanzausgleichsmechanismen präsentiert werden.

://: Der Budgetantrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

2200 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

2271 Zentralwäscherei

Budgetantrag 2000/180-2 zu Konto 506.5

Paul Rohrbach betont eingangs, dass er seine zwei nachfolgenden Budgetanträge gleichzeitig kommentieren werde.

Seine finanzpolitischen Ueberlegungen seien grundsätzlicher Natur.

Mit der Verabschiedung des Legislaturprogrammes wurde ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% als Ziel definiert. Kurz darauf ist der Landrat dem Regierungsratsantrag zur Erbschafts- und Schenkungssteuer nicht gefolgt.

Damit hat den Landrat sein Teil dazu beigetragen, dass die Zielsetzung mindestens kurzfristig nicht zu erreichen ist.

Die Ueberlegungen, welche zu den drei Vorstössen führten gehen in die Richtung, die Investitionen wenigstens vorübergehend zu kürzen, um sich zu einem späteren Zeitpunkt, wenn es der Wirtschaft wieder schlechter geht, antizyklisch verhalten zu können.

Zum eigentlichen Budgetantrag bemerkt er, dass zwischen 1999 und 2000 eine Verdoppelung der Kosten von 4,7 auf 9,5 Mio Franken auszumachen sind. Für das Jahr 2001 erhöht sich die Zahl gegenüber dem Jahre 1999 erneut um 83%.

Obwohl auf Nachfrage der Regierung die Anschaffungen als betriebsnotwendig bezeichnet wurden, sei ihm nicht klar, wie dieser Bedarf entstehe.

Urs Wüthrich unterstützt diesen und die beiden nachfolgenden Budgetanträge von Paul Rohrbach namens der SP-Fraktion.

Zwei Aspekte haben zu dieser Entscheidung geführt:

- Die Fraktion zeigt sich überzeugt, dass gerade in diesem Bereich, bei einem koordinierten, direktionsübergreifenden Beschaffungswesen ein immenses Einsparpotential vorhanden ist.
- Da der Antrag einen Bereich betrifft, bei dem in den vergangenen Jahren ein massiver Preiszerfall zu beobachten war, seien die Anschaffungen ohne Qualitätseinbusse kostengünstiger zu realisieren.

Urs Steiner fasst in seinem Kommentar die Anträge Paul Rohrbachs und denjenigen Alfred Zimmermanns zusammen.

Die Aussage Paul Rohrbachs, dass die Nettoinvestitionen über 150 Mio Franken von Regierung und Parlament wiederholt als zu hoch eingestuft wurden, stimmt so nicht.

Um die wichtigen Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft zu erfüllen ist es unabdingbar, das Investitionsvolumen auf einem tragbaren Niveau zu verstetigen. An diesen Grundsatz hat sich der Landrat in der vergangenen Jahren vernünftigerweise gehalten.

Wer zu Lasten der Substanz lebt, lebt damit zu Lasten der zukünftigen Generation.

Produktive Investitionen, welche volkswirtschaftlichen Nutzen und künftige Erträge generieren bedeuten eine gesunde Zukunft. Der Finanzhaushalt darf aus diesem Grund nicht mit "Hau-Ruck Methoden" mit derartigen Budgetanträgen destabilisiert werden.

Im Sinne einer nachhaltigen und verstetigten Investitionspolitik lehnt die FDP-Fraktion deshalb die drei Anträge Paul Rohrbachs und denjenigen Alfred Zimmermanns ab.

Alfred Zimmermann schliesst sich namens der Fraktion der Grünen den drei Budgetanträgen Paul Rohrbachs und seinen Begründungen an.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** hat sich schon als Mitglied der Finanzkommission für die Verstetigung des Investitionsvolumens eingesetzt, das hat sich auch in seiner neuen Funktion als Finanzdirektor nicht geändert.

Eine kurzfristige Finanzpolitik könne er keinesfalls befürworten, es handle sich dabei lediglich um eine Verschiebung der Probleme in die Zukunft; hier könne er sich den Begründungen Urs Steiners anschliessen.

Im übrigen werde mit dem vorliegenden Antrag nicht das Investitionsvolumen reduziert, sondern dem Regierungsrat die Möglichkeit geboten andere Verpflichtungskredite vorzuziehen.

Zu bedenken seien zudem die Auswirkungen einer derartigen Reduktion, denn von den budgetierten 8 Mio Franken betreffen deren 3 Mio auf das Kantonsspital Liestal und weitere 5 Mio. Franken das Kantonsspital Bruderholz.

Paul Rohrbach dementiert, dass er das Investitionsvolumen nicht als zu hoch, sondern lediglich als hoch eingestuft habe.

Roland Plattner hält fest, dass die Finanzkommission mit 8:2 Stimmen bei 1 Enthaltung die Ablehnung des Budgetantrages fordert.

Eine klare Mehrheit teilt die Begründung des Regierungsrates punkto Betriebsnotwendigkeit.

Gegenüber dem Budget 2000 ist ein leichter Rückgang dieses Budgetpostens zu verbuchen.

Die Zahlen 1995 - 1998 machen klar, dass man mit der für 2001 beantragten Budgethöhe im Trend liegt.

://: Der Budgetantrag wird grossmehrheitlich abgelehnt.

2243 Landwirtschaftliche Produktion

Alfred Zimmermann bemerkt, dass die Regierung beabsichtige für die nächsten zwei Jahre die Aufzucht von Niederstammobstbäumen zu unterstützen; er könne den Budgetposten jedoch nirgends ausmachen.

Regierungsrat **Erich Straumann** erwidert, dass gemäss Finanzhaushaltsgesetz ein Projekt im Budget einzustellen ist. Dieses Projekt gehöre zum Budgetposten der landwirtschaftlichen Schule Ebenrain, wobei er keine detaillierten Angaben machen könne.

Alfred Zimmermann fragt nach, ob der Betrag im Konto "Ebenrain" und nicht unter "Landwirtschaftliche Produktion" enthalten ist, was von Regierungsrat **Erich Straumann** jedoch Ein und Dasselbe ist.

2300 Bau- und Umweltschutzdirektion

2312 TBA, Neu- und Ausbau Strassen, Brücken und Nebenanlagen

Budgetantrag 2000/180-3 zu Konto 501.2

Paul Rohrbach stellt sich auf den Standpunkt, dass es trotz Meinung der Fachleute letztendlich eine Ermessensfrage bleibt, zu welchem Zeitpunkt ein Ausbau resp. eine Erneuerung einer Strasse notwendig ist.

Röbi Ziegler erwähnt, wie vor ihm bereits sein Fraktionskollege Urs Wüthrich, dass die SP Fraktion auch diesen Budgetantrag unterstütze.

Für eine Verstetigung der Auftragslage im Tiefbaugewerbe erachtet er es als sinnvoll, die Investitionen im 2001 zugunsten des Jahres 2002 leicht zurückzufahren.

Heinz Mattmüller macht auf die prekäre Situation auf den Strassen aufmerksam.

Aus dieser Sicht sei es ihm ein Rätsel, wie ausgerechnet diejenigen, welche sich mit Händen und Füßen gegen eine Einwanderungsbegrenzung verwahren, nicht einsehen wollen, dass die selbstzerstörerische Verkehrsentwicklung zusätzliche Investitionen im Strassenbau fordert.

Wer A gesagt habe, müsse nun auch B sagen und obwohl die Schweizer Demokraten nicht A gesagt hätten, würden sie nun notgedrungen B sagen, da sie nicht gewillt seien im Stau zu übernachten.

Sämtliche Anträge im Bereich Strassenbau werden daher von den Schweizer Demokraten abgelehnt.

Regierungsrätin **Elsbeth Schneider** betont, dass die Verstetigung des Investitionsbudgets und die Qualitätserhaltung der Kantons- und Hochleistungsstrassen die Ablehnung dieser Budgetanträge bedingen.

Bei der Erhaltung der Strassen handle es sich um eine langfristige und nachhaltige Investition.

Sie erinnert in diesem Zusammenhang an die diversen vom Parlament erhaltenen Aufträge, die Umfahrung Sissach, die H2-Projektierung sowie die Umfahrung Zwingen - Laufen um nur einige Beispiele zu nennen.

Roland Plattner: Die Finanzkommission beantragt dem Landrat mit 8:3 Stimmen Abweisung des Budgetantrages. Eine Kommissionsminderheit könnte sich mit einer zeitlichen Verschiebung des Verpflichtungskredites einverstanden erklären, wogegen sich eine Mehrheit für die Beibehaltung der Position ausspricht.

://: Der Budgetantrag 180-3 wird grossmehrheitlich abgelehnt.

Budgetantrag 2000/180-4 zu Konto 501.2

Alfred Zimmermann gibt zu, dass es sich um einen eminent politischen Antrag handelt. Die Fraktion der Grünen will damit zum Ausdruck bringen, dass sie den Strassenbau als übertrieben taxiert und dass nicht einerseits auf die Erbschaftssteuer verzichtet werden kann ohne an einem anderen Ort Einsparungen vorzunehmen.

An die Adresse von RR Elsbeth Schneider bemerkt er, dass für ihn das Wort "nachhaltig" in Kombination mit dem Strassenbau unpassend sei.

Er sei der Meinung, dass die Schweiz über sehr gut ausgebaute Strassen verfüge und, wie Beispiele im Ausland zeigen, müsse nicht gleich jedes Loch und jeder Randstein geflickt werden.

Ausserdem, und hier wendet er sich an Heinz Mattmüller, könnten Strassen in beliebigem Ausmass gebaut werden, trotzdem sei der Stau unausweichlich. Denn je mehr Strassen, desto mehr Verkehr.

://: Der Rat lehnt den Budgetantrag 180-4 grossmehrheitlich ab.

Budgetantrag 2000/180-5 zu Konto 501.3

://: Der Budgetantrag wird abgelehnt.

2355 ARP Natur- und Landschaftsschutz

Budgetantrag 2000/180-6 zu Konto 365.6 und Budgetantrag 2000/180-7 zu Konto 365.6

Der Landratspräsident **Peter Brunner** gibt bekannt, dass beide Anträge gleichzeitig behandelt, jedoch darüber separat abgestimmt wird.

Hans Schäublin bittet den Rat, den Budgetantrag zu unterstützen. Es besteht gemäss Naturschutzgesetzgebung ein gesetzlicher Auftrag dafür.

Erstaunt habe die SVP Fraktion zur Kenntnis genommen, dass gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine Kürzung vorgenommen wurde, wo die Folgen des Sturmes Lothar vermehrt Aufrüstungsarbeiten erfordern.

Für Maya Graf ist es die dritte Budgetsitzung, an welcher sie zum gleichen Thema Stellung beziehen muss. Dies zeige ihr deutlich, dass Kürzungen dort vorgenommen werden, wo der kleinste Widerstand erwartet wird.

Man könne es sich schlicht nicht leisten, auf diesem Gebiet Kürzungen vorzunehmen, ausserdem habe man beide

Kredite bereits gesprochen; es handle sich also eindeutig um eine Budgetkürzung. Begründungen dazu seien bis heute ausstehend.

Eine Kürzung würde aber bedeuten, dass im Jahre 2001 keine neuen Verträge mit Landwirtinnen und Landwirten abgeschlossen werden können und damit die Minimalausgleichsfläche von 10% nicht erreicht werden kann.

Es darf nicht sein, dass der Landrat nachdem er sich zum Kredit positiv geäußert hat nachträglich diese Budgetkürzung genehmigt.

Sie bitte den Rat deshalb, beiden Anträgen der SVP und der Grünen zuzustimmen.

Max Ritter bemerkt, dass infolge der Budgetkürzung bestehende Verträge in Höhe von Fr. 143'500.-- nicht erfüllt werden könnten, was ca. 5,3% der bestehenden Verträge ausmacht.

Zudem könnten im Jahr 2001 keinerlei neue Bewirtschaftungsverträge abgeschlossen werden.

Es wäre ein Schlag ins Gesicht der Bauern. Vertrauen und Verlässlichkeit von Parlament und Regierung würden unter dieser Massnahme schwer leiden.

Heinz Mattmüller schliesst sich seinen Vorrednern an und unterstützt namens der Schweizer Demokraten die beiden Anträge.

Roland Laube verweist auf die Einstimmigkeit der SP Fraktion zugunsten beider Budgetanträge.

Man könne sich hinter die Argumentation beider Fraktionen stellen.

Im Zeitalter von WoV und Leistungsaufträgen finde er es bedenklich, ohne bestehende Not einen Leistungsauftrag zu ignorieren. Mit dem budgetierten Betrag kann, gemäss Aussage des Amtsleiters, das Ziel des Leistungsauftrages nicht erreicht werden.

Er macht beliebt, dass über die zwei identischen Anträge nur eine Abstimmung erfolgt.

Für Regierungsrätin **Elsbeth Schneider** ist die Nachhaltigkeit in jedem Lebensbereich wichtig. Auch auf dem Bausektor spiele die Nachhaltigkeit eine nicht zu unterschätzende Rolle.

In der BUD wurden keinerlei Budgetkürzungen vorgenommen und sie habe auch keine Aufträge dazu erteilt.

Die betreffende Abteilung selber habe diese Kürzung vorgenommen. Da sie diese Debatte im Rat vorausgesehen habe, habe sie sich ausdrücklich rückversichert. Die betroffenen Fachleute haben ihr mitgeteilt, dass noch genügend Mittel zur Verfügung stehen.

Das Ganze beinhalte keine Kreditkürzung sondern lediglich eine zeitliche Verschiebung des Leistungsauftrages und auch ein Unterbruch sei nicht zu befürchten.

Regierungsrat **Erich Straumann** erinnert daran, dass "Verschoben nicht Aufgehoben" bedeutet.

Er zitiert dazu aus einem Kommissionsprotokoll der Kommission für ökologischen Ausgleich eine Passage, welche die Aussagen seiner Vorrednerin untermauern.

://: Die Budgetanträge 180-6 und 180-7 werden vom Rat gutgeheissen und Konto 2355.365.60 um 605'000 Fr. erhöht.

2315 TBA Garage Liestal

435.50 Verkauf Treibstoff

Peter Holinger findet es stossend, dass offenbar im Jahr 2001 mehr Treibstoff verkauft werden soll. Obwohl die Treibstoffpreise angestiegen sind, ergebe sich daraus nicht eine derart grosse Differenz.

Hier sei für ihn eine Konkurrenz zu privaten Tankstellen klar auszumachen. Es stelle sich für ihn nun die Frage, ob es das Ziel sei mehr Treibstoff zu verkaufen.

2343 AIB Abfallentsorgung

351.10 Entschädigungen an Basel-Stadt

Peter Holinger möchte wissen, weshalb sich der Betrag zwischen der Rechnung 1999 und dem Budget 2001 um rund 2 Mio Franken erhöht hat.

RR Elsbeth Schneider kann nicht über jeden Budgetposten im Detail Auskunft geben.

Zum *Treibstoffverkauf* erläutert sie, dass je grösser die Anzahl der Treibstoffbezüger je grösser die Menge des Bezugs.

Keinesfalls wolle man damit die privaten Tankstellen konkurrenzieren.

Die Differenz der Entschädigung an Basel-Stadt könne mit der Regionalen Sondermüllverbrennungsanlage in Zusammenhang stehen, genau wisse sie es jedoch nicht. Allerdings bewege sich der Betrag im Rahmen des Bewilligten.

2400 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

Budgetantrag 2000/180-8 zu Konto 431.9

Regierungsrat **Andreas Koellreuter** verweist auf Konto 431.90 (Direktionssekretariat) der Begründungen des JPMD und entschuldigt sich, dass dieses fehlerhaft ist.

Die Begründung dazu liefert Seite 99. Der Unterschied zwischen der Rechnung 1999 und dem Budget 2001 beruht nicht auf der 500-Jahrfeier, sondern basiert auf der Einbürgerungsaktion der Schweizer Bürger im Jahre 1998. Die geplante Aktion anlässlich der 500 Jahrfeier wirke sich bestimmt nicht auf das Jahr 2001, sondern frühestens im 2002 aus.

Heinz Mattmüller zieht seinen Antrag zurück.

://: Der Budgetantrag ist infolge Rückzugs erledigt.

2420 *Polizei Basel-Landschaft*

437.0 **Bussen**

Willi Grollmund befürchtet aufgrund der massiven Differenz zwischen Rechnung 1999 mit 4,835 Mio Franken und dem Budget 2001 mit 10,9 Mio Franken, dass die Polizei zum Grossangriff in Sachen Bussen bläst.

Regierungsrat **Andreas Koellreuter** ist glücklich, dass die Frage, die er seit Oktober erwartet, endlich gestellt wird. Bereits das Budget 2000 habe eine Steigerung auf 5,7 Mio Franken erfahren, die Rechnung 2000 lasse einen Betrag von über 6 Mio Franken erwarten.

Im Frühjahr dieses Jahres gelangten diverse Gemeinden an die Regierung mit der Bitte um mehr Verkehrskontrollen. Dazu hat das JPMD ein Projekt namens "Stinger" lanciert. Damit sollen sowohl auf Gemeinde- als auch auf Kantonsstrassen vermehrt Geschwindigkeitskontrollen gemacht werden.

Zusätzlich soll auf der Autobahn mindestens noch eine Geschwindigkeitsmessanlage aufgestellt werden. Dazu kommen noch zwei bis drei Rotlichtüberwachungsanlagen.

Dies führt zur "freudigen Vermehrung" der Bussengelder.

2500 **Erziehungs- und Kulturdirektion**

2503 *Projekte im Schulsektor*

Budgetantrag 2000/180-9 zu Konto 319.7

Peter Brunner gibt bekannt, dass die Finanzkommission den Budgetantrag zur Annahme empfiehlt. Sollte sich niemand gegenteilig äussern, könnte der Antrag überwiesen werden.

Nicht dass **Hildy Haas** und die SVP Fraktion sich grundsätzlich gegen das Pilotprojekt "Internet an den Schulen" aussprechen, sondern was sie als störend empfinden, ist das Vorgehen.

Im Jahresprogramm des Regierungsrates und im Landratsbeschluss ist von zwei Schulen die Rede. Nun sind es aber plötzlich drei Schulen, was auch Auslöser dieses Nachtragskredits ist.

Die Fraktion stelle sich auf den Standpunkt, dass wenn der Kredit für zwei Schulen gesprochen ist, man nicht plötzlich mit einer dritten Schule aufwarten kann. Deshalb ist die SVP für Ablehnung des Antrags.

Karl Rudin führt aus, dass die Tatsache, dass es sich nun um drei und nicht um zwei Pilotschulen handelt zu Mehrkosten führt.

Es sei ausgeschlossen mit dem Budget für zwei Schulen noch eine dritte mitzufinanzieren.

Wenn man schon drei Gemeinden habe, welche die

Voraussetzungen mitbringen, müsse man dem Antrag zustimmen.

Regierungsrat **Peter Schmid** stellt fest, dass das Interesse der Realschulen an diesem Projekt überraschend gross war.

In einem ersten Schritt habe man festgelegt, dass aufgrund des verfügbaren Betrags eine Sekundar- und zwei Realschulen in das Projekt eingebunden werden, dies weil bei der Realschule die Verkabelungskosten streng interpretiert Sache der Gemeinde ist.

Diese Kosten haben in der Folge dazu geführt, dass der bewilligte Betrag nicht mehr ausreicht.

Mit dem Budgetantrag Karl Rudins könnten die Verkabelungskosten der beiden Realschulen ebenfalls vom Kanton berappt werden.

Eine liberalere Handhabung macht deshalb Sinn, weil der Kanton beabsichtigt die gemeinsame Trägerschaft der Real- und Sekundarschulen zu übernehmen und damit die Gemeinden dem Kanton die Verkabelungskosten früher oder später belasten werden.

Regierungsrat **Adrian Ballmer** präzisiert, dass damit der Verpflichtungskredit über 6 Mio Franken nicht erhöht wird. Es handelt sich lediglich um einen Vorbezug.

Roland Plattner bemerkt, dass die Finanzkommission dem Landrat den Budgetantrag mit 7:1 Stimmen bei 3 Enthaltungen zur Annahme empfiehlt.

Nach Auffassung der Finanzkommission handelt es sich dabei um ein sehr wichtiges Schulentwicklungsprojekt, das noch steigerungsfähig ist.

Die Aufstockung von zwei auf drei Pilotschulen scheint deshalb berechtigt.

://: Der Budgetantrag 180-9 wird grossmehrheitlich angenommen.

2539 *Universität Basel, übrige Hochschulen*

Budgetantrag 2000/180-10 zu Konto 361.1

Peter Brunner gibt bekannt, dass dieser Antrag zurückgezogen wurde unter der Rubrik "Basler Regierung erfüllt landrätlichen Budgetantrag".

://: Der Budgetantrag ist infolge Rückzugs erledigt.

2552 *Einrichtungen für behinderte Erwachsene*

Budgetantrag 2000/180-11 zu Konto 365.5

Urs Wüthrich will im Auftrag von Esther Aeschlimann mit zwei Fragen die Hinfälligkeit des Antrags klären.

- Stimmt es, dass dieser Betrag im Budget eingestellt ist?
- Trifft es zu, dass die Zahlung an die Institution auch

geleistet wird?

Regierungsrat **Erich Straumann** bestätigt, dass die Fr. 2'000.-- im Konto 361.50 Beiträge an übrige Kantone/Konkordate budgetiert sind und auch eine dementsprechende Zahlung erfolgen wird.

://: Der Budgetantrag ist infolge Rückzugs erledigt.

2545 Beiträge an die Handelsschule KV BL

365.11 Beiträge an KV Baselland

Peter Holinger verweist darauf, dass die Kosten zwischen Rechnung 99 und Budget 2001 um rund 10 Mio Fr. differieren.

Regierungsrat **Peter Schmid** kann im Moment die Frage nicht beantworten, es scheint sich jedoch um eine Abgrenzungsproblem zu handeln. Er werde die Antwort jedoch nachliefern.

4000 **Gerichte** *keine Wortbegehren*

Verpflichtungskredite *keine Wortbegehren*

Oeffentlich rechtliche Anstalten *keine Wortbegehren*

Roland Meury kommt zurück auf Budgetantrag 2000/180-11 von Karl Rudin. Obwohl Regierungsrat Adrian Ballmer angemerkt habe, dass es sich nicht um einen Nachtragskredit handle, sei es trotzdem eine Neuaufnahme. Irgendwann müsse man dann einen Nachtragskredit beantragen?

Regierungsrat **Adrian Ballmer** erläutert, dass lediglich ein Vorbezug stattfinde. Wenn schlussendlich mehr benötigt werde, müsse der Verpflichtungskredit erhöht werden.

Regierungsrat **Peter Schmid** hat die Frage Peter Holingers abgeklärt und stellt fest, dass es bei der Differenz der 10 Mio Franken um die DMS 2 gehe, welche nun korrekt verbucht worden sei.

Zur Aussage Regierungsrat **Adrian Ballmer** bezüglich der Verkabelung in den Realschulbauten bemerkt, er, dass es sich zwar um einen Verpflichtungskredit handelt, der aber in dieser Form nicht explizit ausgewiesen war.

Alfred Zimmermann fasst abschliessend noch einige politische Ueberlegungen positiver und negativer Natur zum Budget zusammen.

Die Zustimmung zur Erhöhung des Antrags der ökologischen Ausgleichsflächen freut die Fraktion der Grünen so sehr, dass sie dem Voranschlag zustimmen.

Ein Highlight seien auch die zusätzlichen Busseneinnahmen; hier liege das Geld nun tatsächlich "auf der

Strasse".

Beschluss (Beilage A zum Kommissionsbericht)

Peter Brunner weist darauf hin, dass aufgrund der heutigen Anpassungen die Beträge in den Ziffern 1,3 und 4 angepasst werden müssen

://: Dieses Vorgehen ist unbestritten.

Demnach wird einstimmig beschlossen:

1. Dem Staatsvoranschlag 2001 der Laufenden Rechnung mit einem Aufwand von 2'158.805 Millionen Franken (einschliesslich Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 126.7 Millionen Franken) und einem Ertrag von 2'150.0 Millionen Franken, ergebend einen Aufwandüberschuss von 8.905 Millionen Franken, wird zugestimmt.
2. Dem Staatsvoranschlag der Investitionsrechnung 2001 mit einem Aufwand von 180.1 Millionen Franken und einem Ertrag von 30.3 Millionen Franken, resultierend in einem Aufwandüberschuss von 149.8 Millionen Franken, wird zugestimmt.
3. Von der Gesamtrechnung, bestehend aus einem Aufwandüberschuss von 8.905 Millionen Franken, Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen von 126.7 Millionen Franken, einem Aufwandüberschuss in der Investitionsrechnung von 149.8 Millionen Franken, was einen Finanzierungssaldo von minus 32.005 Millionen Franken ergibt, wird Kenntnis genommen.
4. Dem Voranschlag der Stiftung Kirchen- und Schulgut wird zugestimmt.

://: Der Regierungsrat wird einstimmig beauftragt, die Hinweise in Ziffer 2.4.2 bei der weiteren Ausarbeitung der Leistungsaufträge zu berücksichtigen.

Für das Protokoll:

Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Begründung der persönlichen Vorstösse

Nr. 784

2000/260

Motion der FDP-Fraktion vom 13. Dezember 2000: Erarbeitung einer koordinierten regionalen Spitalplanung

Nr. 785

2000/261

Interpellation von Heidi Tschopp vom 13. Dezember 2000: Zeugnis für die Medizin

Nr. 786

2000/262

Interpellation von Dieter Völlmin vom 13. Dezember 2000:

Verkehrssicherheit auf dem Schulweg Lausen - Liestal

Nr. 787

2000/263

Interpellation von Peter Holinger vom 13. Dezember 2000:
Schlacke der KVA Basel nach Liesberg statt nach Liestal

Zu allen Vorstössen keine Wortbegehren.

Für das Protokoll:

Ursula Amsler, Landeskanzlei

*

Ende der Sitzung: 18.50 Uhr

Die nächste Landratssitzung findet statt am

14. Dezember 2000

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

der Präsident:

der Landschreiber: